

Adressendient

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 8. Mai 1926

Nummer 36

Sum Kampfe der englischen Arbeiterschaft

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam ist folgendes Telegramm eingegangen:

Britischer Gewerkschaftsbund telegraphiert, daß britische Verleger Versuche machen, um englische Zeitungen auf dem Kontinent drucken zu lassen. Britische Buchdrucker stehen im Streik. Ersuche deshalb sofort alle Maßnahmen zu treffen, um diese Versuche zu vereiteln.

Wir erwarten von unsern Mitgliedern, daß sie diesem Ersuchen entsprechend jedwede Streifarbeit verweigern und damit ihre volle Solidarität gegenüber der im Kampfe stehenden englischen Arbeiterschaft bekunden.

Der Verbandsvorstand

Sum Verbandsstag

Beitrags- und Unterstützungsfragen

Wenn die Wogen der Begeisterung hoch gehen, so kommt man in die Gefahr, den klaren Blick zu verlieren. So auch in der Invalidenunterstützung. Raum war der Vorschlag des Kollegen Kolb (Münsterberg), als Invalidenbant geprägt, an die Öffentlichkeit gelangt, da kamen schon die Erweiterungsvorschläge, auch für die Angehörigen zu sorgen. Das liegt nun einmal dem Buchdrucker in der Art, entweder gar nichts zu bewilligen oder zuviel, geht's dann aus Zahlen, in diesem Falle Beitragserschöpfung, dann hätte man gerne nicht so viel bewilligt. Genau so geht es bei den Erweiterungsvorschlägen, die Invalidenunterstützung auch auf die Angehörigen ausgedehnt zu wissen. Die Ermahnung des Kollegen Georg Lober (Stuttgart), der selbst Invalide ist, gefällt mir außerordentlich. Auch ich stelle mich auf seine Seite und sage, schaffen wir zuerst einmal die erhöhte Invalidenunterstützung und lassen wir vorläufig alle Erweiterungen weg. Es muß doch bei einer solch tiefgehenden finanziellen Änderung erster Grundsatz sein, den nötigen Grundstock oder Fonds für die Zukunft zu schaffen, und sollte sich derselbe günstig gestalten, so könnte auch an die Angehörigen der Invaliden gedacht werden. Aber beides zugleich, ist meiner Ansicht nach zu gewagt und finanziell auf die Dauer nicht tragbar; bedenken wir doch nur, was für eine Beitragserhöhung ein solch weitgehender Antrag bedingen würde. Die moralische Verpflichtung des Verbandes gegenüber den Invaliden, die denselben in gesundheitlichen Tagen als zahlende Mitglieder gestützt und unterstützt haben, ist eine selbstverständliche und wird auch jederzeit vom Verband anerkannt werden, ob diese Verpflichtung aber auch bei den Angehörigen besteht, möchte ich nicht behaupten. Denn ich sage mir, wer eine Familie gründet, muß vorher genau wissen, ob er dieselbe versorgen kann; denn der Gründer einer Familie hat die sittliche Pflicht, auch einermäßen über das Grab hinaus die Familie vor der bittersten Not zu schützen. Es gibt heute von den Gewerkschaften unterstützte Volksversicherungen mit sehr niedrigen Prämien, die von jedem Familienvater ausgenutzt werden sollten. Unverschuldete Not ist natürlich ausgeschlossen; ich möchte hier nur den Weg zeigen, seinen Angehörigen einen Notgroschen nach dem Tode zu sichern. Sollte es beim Ausbau der Invalidenunterstützung möglich sein, diese auch auf die Witwen und Waisen zu übertragen, so wäre es natürlich begrüßenswert, aber einer moralischen Verpflichtung des Verbandes gegenüber den Angehörigen eines Verbandsmitgliedens kann ich nicht beipflichten. Also vor einer Abreise in dieser Beziehung möchte ich sehr warnen, da wir ja nicht wissen, was uns die Zukunft finanziell bringt!

Bauen wir an erster Stelle die Unterstützungssätze so aus, daß diese den Veteranen der Arbeit auch ein Auskommen gewähren für ihren oft so sorgenvollen Lebensabend! Gerade die jetzige Generation muß sich verpflichtet fühlen, den Älteren unter die Arme zu greifen. Denn ohne diese wäre wohl der Gedanke und der Ausbau unserer Organisation nicht so schnell zustande gekommen.

Die schwersten Kämpfe und Opfer um den Bestand unsres Verbandes haben doch die Älteren bestanden und gebracht. Die heutige Generation zehrt mehr oder minder an diesen Errungenschaften der Älteren, und zurzeit sind wir es, die das Erbe derselben zu erhalten und womöglich noch zu verbessern suchen müssen.

Als Dank für diese Opfer der alten Kollegen wollen wir als erstes die Invalidenunterstützung ausbauen, aber mit Überlegung, inwieweit dieser Ausbau auch finanziell tragbar ist. Wenn es dann an die Erhöhung des Beitrages geht, Kollegen, so entrichtet diesen nicht mit bitteren Gefühlen, sondern aus dem Gefühl heraus, einem alten Kollegen eine Freude bereitet zu haben, die auch uns einmal im Alter fühlbar werden wird. Lebt nicht immer der Gegenwart und denkt auch an die Zukunft, so wird sich das richtige Gefühl hierfür von selber einstellen. Es sei aber an dieser Stelle auch darauf hingewiesen, daß es Sache des DGB wäre, in Beziehung der Invaliden, Witwen und Waisenversorgung einmal den Vater Staat auf seine Pflicht aufmerksam zu machen. Der Vater Staat ist wohl immer der verlangende Teil und gerade der Arbeiterschaft in der Invalidensache ein rechter Nebenvater, denn in Beziehung materieller Gegenseitigkeit auf Grund der Beiträge ist es sehr schlecht bestellt. Man kommt bei der staatlichen Invalidenversicherung überhaupt schon auf den Gedanken, daß sie mehr einer Beamtenversorgung dient als unsrer eignen. In diesem Sinne möchte ich vorschlagen, der Verbandsstag möge an den DGB, einen Appell richten, für die Invaliden einzutreten und den Staat besonders an diese Verpflichtung erinnern. Leider, daß so etwas nötig ist!

Was nun den Artikel des Kollegen Rotte (Berlin) anbetrifft, so kann ich diesem ob seiner Einseitigkeit nie zustimmen. Wäre der Artikel mit einer idealen Sache verbunden gewesen, so hätte derselbe jedenfalls nicht so viele Gegner gefunden. Ich sage ja auch, daß jeder in die Zukunft blickende Kollege an den Verband als Kampforganisation denken muß und daß dieser nicht nur als Unterstützungsorganisation betrachtet werden darf, sondern auch als solche, die den Mitgliedern in Tagen schwerster Kämpfe und bitterster Not mit einem gutfundierten finanziellen Halt das Rückgrat steift. Ob dieser Ziele darf man aber nicht alle Ziele über den Haufen werfen, wie es Kollege Rotte (Berlin) in seinem Artikel ausdrückte, das würde jedenfalls den Verfall bedeuten. Kämpfer sind und müssen wir wohl alle sein, aber jede Arbeit ist ihres Lohnes wert, und darum soll unsern Vorkämpfern auch der Lohn zuteil werden, der ihnen gebührt.

Donauwörth.

B. Löffelath.

Die Einwendungen gegen eine Invalidenunterstützung, der Verband sei eine Kampforganisation und kein Unterstützungsverein, halte ich für nicht stichhaltig. Es sollte sich jeder denkende Kollege vor Augen halten, daß auch er einmal in die Lage kommt, zur Invalidität übergehen zu müssen. Welch ein Trost in dieser Stunde, wenn er sich dann sagen kann: Ich bin wenigstens nicht bloß auf die paar Mark staatliche Invalidenunterstützung angewiesen, mit denen einer allein kaum, geschweige mit einer Frau, durchkommen kann. Ich halte eine Erhöhung auf mindestens 2,50 M. pro Tag für angebracht, denn um ein paar Pfennige darf es sich nicht handeln. Ich hatte kürzlich mit einem Kollegen, welcher durch ein schweres Leiden im besten Mannesalter Invalide wurde, eine Unterhaltung; wir kamen auch auf seine Rente zu sprechen, da sagte er zu mir: „Was bin ich jetzt froh über meine Unternehmung vom Verband; früher kurrte ich, wenn es hieß, der Beitrag wird um 10 Pf. erhöht.“ Dies soll nur ein Beispiel sein, um der Masse in unserm Verbands zu denken zu geben. Das Gros der Mitglieder fordert gebieterisch eine Erhöhung. Es ist, wie bereits erwähnt, mit den 20 Pf. für das Verbandsheim ohne Murren gegangen, dieselben sind ja bald hinfällig und so können wir diese mit einem entsprechenden Ausschlag zum Ausbau der Invalidenunterstützung weiterverwenden. Es wird gesagt, daß es Pflicht des Staates sei, für seine Arbeitsinvaliden zu sorgen, ganz mit Recht; aber so lange wir noch einen solchen „Staat“ haben, in dem die Massen des arbeitenden Volkes durch eigne Schuld so wenig Einfluß haben, heißt es eben: hilf dir selbst! Es ist doch eine gewisse Beruhigung, am Ende unsrer Tage vor dem Schlimmsten beschützt zu sein.

Mainz.

G. Sch.

Die jetzige Unterstützung der Invaliden zwingt infolge ihrer Niedrigkeit dazu, daß die alten Kollegen so lange arbeiten müssen, bis sie unfallen, währenddem die junge Generation auf Arbeit wartet! Wenn sich nun das Tun der Einzelperson, so viel Bestrengung als möglich anzunehmen, erst richtig auswirkt, dann werden die gekennzeichneten Mißstände zwischen den alten und jungen Kollegen noch weit krasser wahrzunehmen sein. Demzufolge fällt dem Verbandsstag die vornehmste Aufgabe zu, in diesem Punkte, Steigerung der Invalidenunterstützung, ganz und gar zu tun zu machen. Hierbei auf Staatshilfe verweisen, hieße den Mitgliedern Sand in die Augen zu streuen, weil doch ein jeder Staat nur der Sachwalter der besitzenden Klasse sein kann. Daher reden wir der ausgeübten Selbsthilfe im verstärkten Maße das Wort, wobei die unendlich abgebrauchten Schlagwörter von der ausschließlichen Kampforganisation nicht im geringsten verfangen können, obwohl gerade unsere Ältesten mit den durchlebten Kampfepisoden reichlich aufwarten könnten. Freilich, jeder Kollege ist weiter nichts als ein Produkt seiner Verhältnisse; der eine vermochte stets im warmen Neste zu sitzen, währenddem der andre mit samt Familie unfreiwillig vor Ort zu Ort zog. Diese Unterschiede in den Existenzbedingungen erzeugen auch verschiedene Beitragsziffern, so daß es geraten erscheint, fortan nur noch drei Staffeln in der Invalidenunterstützung festzuhalten: 500, 1000 und 1500 Beitragswochen. Auch die Sterbegeldsätze erfordern dringend eine erhöhte Bemessung, um den Angehörigen beim Ableben eines Mitgliedes besser als bisher beizubringen zu können, womit sich zugleich die Schaffung einer Witwen- und Waisenkasse ergibt. Natürlich muß auch die Arbeitslosigkeit und Krankheit der Kollegen bei Aufbesserung der Unterstützungen bestmöglichste Berücksichtigung finden.

Unser lieber Hauptkassierer wird zwar sein Gesicht beim Lesen solcher Wünsche noch mehr als bisher in Falten legen. Aber, teurer Freund, es hilft nichts, Ihr müßt diesmal Rat schaffen, indem Ihr, wie schon oft, so auch diesmal an die Masse der Mitglieder appelliert, um das Feslenbe durch eine ausreichende Steuererhöhung zu decken. Wie liegen denn die Dinge? 83 Pfennige zahlt man Woche für Woche für die Erwerbslosenfürsorge. O, könnte doch meine Organisation diese schöne Summe Woche für Woche einstreichen, das ergäbe dann den Beitrag, den wir zur Durchführung der wesentlich gesteigerten Unterstützungssätze bedürfen. Mein Vorschlag geht dahin: Abbau der Ortsbeiträge bis auf das erträglichste Maß durch peinlichste Sparsamkeit und Aufbau des Verbandsbeitrags, um das Ziel des Verbandes, ein sicherer Hort für seine Mitglieder in allen Lebenslagen zu sein, restlos zu erreichen!

Magdeburg.

Edward Kühnast.

Die Mitgliedschaft München hat den im „Korr.“ Nr. 15 veröffentlichten Antrag Gruber mit übergroßer Mehrheit gegen ganz wenige Stimmen angenommen; ebenso München einstimmig unter geringfügiger Änderung der Staffeltung, und auch aus zahlreichen anderen Mitgliedschaften ist daselbe erfreuliche Bild zu berichten. Ein Beweis dafür, was unsre Kollegen vom diesjährigen Verbandsstag erwarteten, sind auch die zahlreichen Zustimmungserklärungen im „Korr.“ aus den verschiedensten Groß- und Kleinstädten Deutschlands zu unserm Invalidenantrag.

Was will der genannte Invalidenantrag? Er will, daß unsern heutigen und späteren Invaliden, also allen vom Unglück dauernder Erwerbsunfähigkeit betroffenen Kollegen ein auskömmlicher Ruhestand zuteil werde. Die Mehrkosten sind durch eine Beitragserhöhung von wöchentlich 20 Pf. zu decken. Wer wollte ernstlich diesem Invalidenantrag, der unsern Veteranen der Arbeit eine wöchentliche Unterstützung bis 2,50 M. bringen soll, seine Berechtigung verjagen? Wenn unsre Vertreter bei Lohnverhandlungen ein mehr als doppelt so hohes Existenzminimum wöchentlich verlangen, können wir unmöglich dulden, daß unsre Invaliden sich mit einem Existenzminimum von wöchentlich 15-17 M. durchhängern müssen. Wenn Logik und Konsequenz noch einen Sinn haben sollen, sind wir verpflichtet, dieses Unrecht baldmöglichst zu beseitigen.

Selbstverständlich ist eine ganze Anzahl Kollegen vorhanden, die von einer Beitragserhöhung nichts wissen will; sie glauben mit einer minimalen Erhöhung der Unterstützungsätze diese brennende Frage lösen zu können,

Die wollen an Stelle von Vorbildlichem Eitelwerk und Halbscheit sein, sind aber meistens später, wenn ihre eigene Invalidität in Frage kommt, die ärgsten und lauteften Schreier, welche den Verband mit Vorwürfen überhäufen, weil er so unzureichend für seine Invaliden gesorgt hat, obwohl sie sich durch ihr knauseriges und geiziges Verhalten die Allein Schuld haben.

Welch vorteilhafte Auswirkungen in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung durch die Annahme unsres Invalidenantrages entstehen, soll mit einigen Worten gekennzeichnet werden. Wir hatten im Jahre 1925 1400 bezugsberechtigten Invaliden zu unterstützen. Die vorgesehene Beitragserhöhung reicht zur Unterstützung von 2000 Invaliden aus. (Diese Behauptung wird auch unser Verbandshauptfasser nicht anzweifeln.) Sollte also wirklich im Verlauf von wenigen Jahren unser Invalidenstand sich um rund 6000 Kollegen erhöhen, so müssen wir damit rechnen, daß von diesen, vorläufig geschätzt, mindestens zwei Drittel = 400 arbeitslose Kollegen an die Stellen der invalide gewordenen treten, somit wird durch Annahme dieses Invalidenantrages nicht nur der Arbeitslosenmarkt entlastet, sondern auch unsere Verbandskasse durch Einparung von Arbeitslosenunterstützung für diese 400 Kollegen günstig beeinflusst.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Haupt Einwände jener Kollegen, welche Gegner dieses Antrages sind. Ein häufig gehörtes Argument lautet: „Wir dürfen dem Staat nicht die Sorge um unsre Invaliden abnehmen.“ Warum eine so große Inkonsequenz, Kollegen? Was Sie bei unserm Invalidenantrag beanstanden, trifft doch auf unsre Verbandskrankenkasse ebenso zu; sie würde doch auch nur deshalb geschaffen, um unsern kranken Kollegen die Existenz notdürftig zu ermöglichen, weil die dem Reichs-Krankengesetz unterliegenden Ortskrankenkassen eine viel zu geringe Krankenunterstützung gewähren. Ich habe noch nie gehört, daß gegen diese soziale Einrichtung deshalb, weil sie durch ihren Krankengeldzuschuß dem Staat oder der Gemeinde einen Teil der Sorgen der Kranken gegenüber abgenommen hat, Opposition gemacht wurde. Wozu also die unverständliche Gegnerschaft unserm Invalidenantrag gegenüber?

Ein weiteres Argument zur Ablehnung unsres Invalidenantrages wird in der unzutreffenden Behauptung erblickt, durch weitgehende Unterstützungseinrichtungen würde der Kampfgeist gelähmt. Das gerade Gegenteil wird der Fall sein. Ich möchte den Kollegen kennen, der sich weigern würde, dem Ruf unsres Verbandsvorstandes zu folgen, wenn aus irgendeinem Grunde ein Streik notwendig werden sollte, wenn er weiß, daß im Weigerungsfalle seine wertvollen Invalidenansprüche verloren sind.

Nun komme ich zu „Hauptflügel“, der von den Antragsgegnern ins Feld geführt wird: zur Pflicht des Staates. Selbstverständlich bin auch ich der Meinung, daß es in erster Linie Pflicht des Staates ist, für die aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen Proletarier zu sorgen. Es scheinen aber manchen Kollegen gar nicht zu wissen, daß die politischen Vertreter der Arbeiter, Kommunisten und Sozialdemokraten, den bürgerlichen Parteien gegenüber im Reichstag rein zahlennüchtern in der Minderheit sind, also aus eigener Kraft keinen Mehrheitsbeschluß herbeiführen können. Haben nicht erst im Herbst vorigen Jahres Reichstagsverhandlungen über diese Materie stattgefunden? Sozialdemokraten und Kommunisten haben sich ehrlich aber vergebens bemüht, den Invaliden durch Erhöhung der Reichsinvalidenrente Erleichterungen zu verschaffen.

Wenn die Gesamtarbeiterchaft vom Staat Hilfe erwartet, muß in erster Linie der verderbliche und verheerende

den gewerkschaftlichen und politischen Spaltspitz in sich tragende Bürgerkrieg aufhören, und zweitens muß dem Teil der deutschen Arbeiterchaft, der noch zu einem hohen Prozentsatz bürgerlich wärst, methodischer Unterricht über das Thema erteilt werden: Was fange ich mit meinem Wahlrecht an? Und erst wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, haben wir Aussicht auf Staatshilfe. Da ich nicht die Überzeugung haben kann, daß in nächster Zeit ein Umschwung in dieser Hinsicht eintritt, muß an Stelle der Staatshilfe die kollegiale Selbsthilfe treten, wie dies unser Invalidenantrag zum Ausdruck bringt.

Mit Vertrörungen und nie eintretenden Versprechungen wird der Hunger unsrer Invaliden nicht gestillt. Und die Hungern währlich schon viel zu lange. Darum — muß der Verbandstag handeln.

Durch die Annahme unsres Invalidenantrages werden wir dem Staat den unansehbaren Nachweis bringen, daß unser Verband bei einem Wochenbeitrag von höchstens 60—70 Pfg. eine weit höhere Invalidenunterstützung zahlt als der Staat, der wöchentl. 1,40 M. (70 Pfg. Arbeitnehmer- und 70 Pfg. Arbeitgeberbeitrag) zur Verfügung hat, und trotzdem, selbst unter Anrechnung eines hohen Betrages für Übernahme des Heilverfahrens, mit seiner Reichsrente weit im Rückstande bleibt. Der vorliegende Antrag ist also ein nicht zu unterschätzendes Kampfmittel, den Staat mit seinen gänzlich ungenügenden Invalidenunterstützungen vorwärts zu schieben.

Soffen wir, daß unser Verbandstag dem so außerordentlich wichtigen Invalidenantrag eine Fassung gibt, daß unsre Invaliden nach einem Leben voll Arbeit und Sorgen sagen können: Die Solidarität und Kollegialität im Verband der Deutschen Buchdrucker hat uns einen auskömmlichen Lebensabend beschaffen.

M ü n c h e n .

E. G. R u b e r .

Es ist bereits wiederholt die Frage aufgeworfen, ob es möglich sei, eine Witwenkasse einzuführen. Ein guter Gedanke, der durchaus Beachtung verdient. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß die Einführung dieses neuen Unterstützungszweiges unsre Verbandskasse statt in Anspruch nehmen wird und eine wesentliche Beitragserhöhung erfordert. Der kommende Verbandstag muß sich mit dieser Frage einmal ernstlich beschäftigen, und es wäre sicher praktisch, einen Ausschuß zu wählen, der in der Zeit bis zum nächsten Verbandstag alles für und Wider sorgfältig erwägt. Das Ergebnis dieser Arbeit könnte vor Einberufung des Verbandstages 1928 im „Korr.“ veröffentlicht und diskutiert werden. Wenn eben möglich, sollte man zur Einführung schreiben. Unfre ohne Zweifel mustergerüstigen: Unterstützungsrichtungen würden eine schätzenswerte Erweiterungserfahren; auf die wir mit Recht stolz sein dürften. Eine Erhöhung der Invalidenunterstützung ist unbedingt notwendig und schon der nächste Verbandstag muß einer solchen zustimmen. Den wackeren, treuen Verbandskollegen, die jahrzehntlang unentwegt der Organisation dienten, zu helfen, ist eine unsrer vornehmsten Aufgaben. Aber auch im Interesse unsres Verbandes selbst ist ein Ausbau der Invalidenunterstützung von weittragender Bedeutung, denn gerade dieser Unterstützungszweig hat m. E. in der schwersten Zeit unsrer Organisation einen Mittelschub bewirkt und wesentlich vermindert. Die 20 Pfennige, die gegenwärtig für den Bau unsres Verbandshauses erhoben werden, könnten dazu verwendet werden. Eine eventuell kleine Erhöhung des Beitrages zu diesem Zwecke würde die Kollegenschaft auf sich nehmen.

Trotzdem auch hier größte Vorsicht geboten ist, denn alles hat seine Grenzen. Unfre Pflicht ist und bleibt es vor allem, den Staat dahin zu drängen, den Erwerbsunfähigen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Erfüllen wir bei den politischen Wahlen selbst unsre Pflicht und rütteln die „Schlafmügen“ auf.

K ö l n .

H. J a n s e n .

Solange die Arbeiterchaft zum Aushalten und Durchhalten gebraucht wurde, hat man ihr den Dank des Vaterlandes versprochen. Und nun erhält ein erwerbsunfähiger lediger Kriegsbeschädigter in Deutschland 92 Mark und in Amerika 6240 Mark pro Jahr. Die Ausgaben für pensionierte Offiziere betragen jährlich 250 Millionen Mark. Mit den Ausgaben für Beamtenpensionen usw. marschieren wir an der Spitze aller Länder. Aber für den Ausbau der Sozialgesetzgebung ist kein Geld vorhanden. Die Sozialrentner müssen weiter hungern, weil wir ein armes Volk sind.

Angeichts dieser traurigen Tatsachen kann uns nur Selbsthilfe zum Ziele führen. Arbeiterpensionskassen sind zur Lösung dieser Aufgabe ungeeignet. Ein gesicherter Lebensabend kann nur durch eine Erhöhung unsres Verbandbeitrages erreicht werden. Eventuell könnte diese Neuregelung auch in der Form einer freiwilligen Zufußnahme, nach Beiträgen gestaffelt, erfolgen. Dabei ist zu beachten, daß ein großer Teil der Kollegen infolge Proletariatkränkheiten usw. vorzeitig stirbt und niemals ein bezugsberechtigter Invalide wird. Nunmehr soll unsre Finanzminister zu dieser Frage Stellung nehmen. Die einzig richtige Lösung wäre ein Verdienst, der dem Kollegen die für das Alter nötigen Rücklagen ermöglichen würde. Kapital, Maschinen usw. müssen sich verzinsen, aber die menschliche Arbeitskraft bringt uns keine Zinsen, sondern nur Entscheidungen, so daß sich mancher fragt, ob dieses Leben überhaupt noch lebenswert ist.

In Nr. 24 des „Korr.“ wird Kollege H. aus Götting für die Volksfürsorge. Dieses Unternehmen ist zu empfehlen für Mitglieder von Organisationen, die unter dem leibter immer noch herrschenden Individualismus und sonstigen Zersplitterungen zu leiden haben. Wenn wir die Beiträge für die Volksfürsorge oder andre private Versicherungen für den Ausbau unsrer Unterstützungseinrichtungen verwenden, so haben wir die beste und billigste Volksfürsorge. Damit könnte zugleich die gewünschte Witwenversorgung geregelt werden. Große Hoffnungen wird sich in diesem Punkt z. Bt. wohl niemand machen. Nur auf diese Weise können Verwaltungs- und Einkassierkosten sowie sonstige Aufwendungen eingespart werden. Daß diese Ausgaben auch bei gemeinnützigen Versicherungen keine geringen sind, sehen wir z. B. bei der staatlichen Invalidenversicherung... Außerdem wäre dieses Geld zugleich ein Kampffonds, der uns jederzeit leihweise zur Verfügung stehen würde. Ferner ist noch zu bemerken, daß es sich hier nur um den Ausbau eines Zweiges unsrer Organisation handelt und somit der Charakter des Verbandes als Kampforganisation nicht geschädigt werden kann.

Die in den Reihen der Arbeiterchaft immer noch herrschende Gleichgültigkeit in politischen Fragen trägt die Hauptschuld, wenn wir an den Folgen einer unsozialen Gesetzgebung zu leiden haben. Die Ruhmnießer davon sind die Vertreter der sogenannten göttlichen Weltordnung, die darauf hingekt: „Wer Recht ist, soll Recht bleiben!“ Deshalb ist es höchste Zeit, daß sich jeder über die Wichtigkeit unsrer politischen Gesetzgebung klar wird.

M ü n c h e n .

E. D i t t e n b a c h e r .

Der neue Buchgewerbeaal im Verbandshaus

Am 1. Mai, mittags 12 Uhr, eröffnete der Vorsitzende des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker Bruno Dreßler in Anwesenheit zahlreicher Kollegen aus Berlin, Dresden, Leipzig und mehreren andern Orten den neuen Buchgewerbeaal an der Dreibundstraße in dem neu errichteten Verbandshause der Deutschen Buchdrucker in Berlin. Mit kernigen Worten wies der Redner darauf hin, daß gerade der Weltfeiertag der internationalen Arbeiterchaft dazu geeignet sei, ein derartiges kulturförderndes Werk, wie es der neue Buchgewerbeaal darstelle, der breiten Öffentlichkeit zu übergeben. Vor Jahrzehnten bereits seien die Arbeiter demonstrativ durch die internationale Feier des ersten Maientages dafür eingetreten, daß ihnen acht Stunden Freizeit, acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhezeit das Ideal ihres Lebens sei. Hier in dem neuen Buchgewerbeaal zeige es sich an Hand der ausgestellten Arbeiten, wie sich ideal veranlagte Arbeiter die Ausnutzung ihrer arbeitsfähigen freien Zeit denken. Besonders die in den Wittrinen der linken Seite ausgestellten Arbeiten aus zwei Berliner Skizzenkurven lassen deutlich erkennen, welchen hohen Wert die ideale Förderung der arbeitsfähigen Freizeit bedeute. Aber auch in noch andern Wittrinen seien ausgezeichnete Arbeiten aufgestellt, die als Früchte der freien Zeit gewertet werden müßten. Er verwies nur auf die Johannisfestdrucke, auf die mustergerüstigen Neujahrsdrucke und ferner auf die Arbeiten, die aus den Schriftfreibüchern hervorgegangen sind. Aber auch die Mittel zum Kernem halte der Bildungsverband dazu bereit; sie seien auf dem hinteren Aufbau aufgestellt. In den

Wittrinen in der Mitte des Saales seien in der Hauptsache Adressen zu besonders festlichen Gelegenheiten vor Augen gestellt. Darunter finde man wirklich handwerks-künstlerische Werte trotz schaffender strebamer Kollegen. Er erwähne nur die Glückwunschkarten für den Verbandsvorsitzenden, den Kollegen Seif, für den Berliner Gauvorsitzer Albert Massini, für den verdienten Kollegen Otto Wönigk. Das alles seien Werke echten kollegialen Geistes, die zugleich auch das Können der ausführenden Kollegen in das allerbeste Licht rücken. Aber auch mit den nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit den Buchdruckern stehenden graphischen Künstlern suchten der Bildungsverband, seine Vereine und seine Funktionäre dauernd in Föhlung zu bleiben, weil gerade von diesen geistig anders durchgebildeten Menschen den strebenden Buchdruckern wertvolle Anregungen gegeben werden können. So seien diese Künstler herangezogen worden zur Beratung bei der Ausstattung unsrer Fachzeitschriften „Typographische Mitteilungen“ und „Der Graphische Betrieb“, die in monatlich wechselnder Folge fasttechnisch-künstlerische und maschinentechnisch-betriebswissenschaftliche Fragen behandeln. Als dritte komme der „Jungbuchdrucker“ hinzu, der Deutschlands gewerkschaftlichen Nachwuchs des Buchdruckerwesens zu tüchtigen Fachleuten heranzubilden bestrebt sei. Daß nicht nur enger buchdruckerlicher Junggeist die Bestrebungen des Bildungsverbandes besetze, beweihe die ins Leben gerufene Bühnengilde Gutenberg, die Mitglieder aus allen Bevölkerungskreisen in ihre Reihen aufnehme. Dem Volke ein gutes aber billiges Buch — unter dieser Devise arbeite die Bühnengilde Gutenberg. Ihre anerkannt guten Bühnen seien auf dem vorderen Aufbau des Buchgewerbeaales zur Schau gestellt. Künstler von Ruf bemühten sich um die Ausstattung der bisher erschienenen Werke. Ihre Arbeiten seien in den

Wittrinen am Eingang aufgestellt, von denen besonders die Arbeiten Swan Fischolds viele Anschautungen erfahren haben. Dennoch sei festzustellen, daß gerade sein Mitwirken bei der Herausgabe des Sonderheftes „elementare typographie“ der „Typographischen Mitteilungen“ im Oktober vorigen Jahres sowie die Ausstattung des „Fahrtens- und Abenteuerbuches“ (Verfasser Colin Roß) für die Bühnengilde Gutenberg ungeheuer anregend auf das gesamte Buchdruckerwerk, und nicht nur in Deutschland, gewirkt habe. Wer die Dinge ohne Voreingenommenheit betrachte, werde zugeben müssen, daß in den hier im neuen Buchgewerbeaal aufgestellten Arbeiten ein gut Stück Idealismus liege, daß hier ein Weg gezeigt werde zum Aufstieg der Arbeiterchaft. Der Aufstieg der Arbeiterchaft aber sei das Hauptziel des alljährlichen Weltfeiertages, und somit sei es gewissermaßen ein Symbol dieses Aufstieges, wenn er nunmehr am 1. Mai den Buchgewerbeaal an der Dreibundstraße der Öffentlichkeit übergebe.

Die gastreichen Besucher, die sich im Laufe des Nachmittags bis 6 Uhr einfanden, sprachen sich durchweg lobend über das Gezeigte aus. Auch die Einrichtung des neuen Buchgewerbeaales sprach aufmerksam gut an. Für die auswärtigen Kollegen schloß sich ein Rundgang durch die Musterdruckerei des Verbandes und durch das Verbandshaus an, und es ist wohl keiner ohne Befriedigung und ohne Stolz aus dem Hause gegangen, von dessen Zinnen im laudenden Sonnenschein die Buchdruckerfarben und die Farben der Deutschen Republik wehten als ein leuchtendes Symbol für den alten sozialen und demokratischen Geist, der nicht nur dieses stolze Haus, sondern auch die festgelegte Organisation des Verbandes der Deutschen Buchdrucker geschaffen hat. Diesen Geist zu pflegen und zu erhalten, das sind die Zukunftsaufgaben, die unsrer harren.

A r t u s .

In letzter Zeit zeigt sich angesichts des bevorstehenden Verbandstags in unserm „Sprachrohr“ eine gewisse Regsamkeit in unserm engeren Kreis für die Vorgesellschaft der Inwaldenführer, aber nicht allzu viele treten dabei auf die „große Plattform“, auf die wir uns unbedingt stellen müssen. Nach der wohl allgemein begriffenen Anregung des Kollegen Kolb (Nürnberg) erschienen einige sehr lehrreiche und beachtenswerte Artikel, die die ganze Frage erhellenderweise recht großzügig behandeln, nicht im ersten oder zweiten Stock haktmachen, sondern das „Daß des Hauses“ betonen, die „große Plattform“, die ich meine: Die Nationalistische Gemeinschaftsplatform!

Nun sehe ich im Geiste viele — leider immer noch zu viele — abwinkende Hände! „Der Staat läßt uns alle verhungern!“ Also der Staat — — —! Zugegeben, ich widerspreche nicht; aber: wer ist denn eigentlich der Staat? Nur die „andern“ — oder auch wir? Wer bildet den Staat? Nur die „andern“ — oder wir mit? Wer bringt die Gelder für den Staat auf? Nur die „andern“ — oder auch wir, und zwar mit in erster Linie? Und nun noch eine Frage: Wer lenkt und leitet den Staat? Hier möchte man bedauerlicherweise sagen: Nur die andern! Und warum? Bei dieser Frage sollen wir nicht nur an die Nase, sondern müssen etwas weiter hinauf greifen. Wir rufen immer nach Macht; dabei verstehen wir kaum, die Macht auszuüben, die wir bereits haben. Ein unscheinbares Stückchen Papier, zu gegebener Zeit immer und überall richtig und konsequent angewandt — wer könnte uns länger widerstehen? Wer könnte es wagen, den wahren Volkswillen dauernd mit Hohn und Zynismus, ja geradezu provokatorisch zu ignorieren? Wir zählen heute nicht nur das Finanz- bis Wirtschaft an direkten Steuern, wir zählen auch bedeutend erhöhte Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge; wir zahlen Arbeitslosenversicherungsbeiträge, und hier wagt „man“ noch, beim arbeitslosen Arbeiter nach „Bedürftigkeit“ zu schnüffeln. Ist das ein Arbeiterstaat? Nein! Das ist „Popf“, das ist Bevormundung, Bureaokratismus überbesten Qualität! Und in diesen Versicherungen, Unterstützungen, Beihilfen usw. Maßnahmen bis hinauf zu den Reichsgeldern bzw. deren „Auslegung“ spiegelt sich ein Teil Antwort auf die Frage: Wer lenkt und leitet?

Früher hatten wir einen Monarchen- und Militärstaat — heute haben wir einen Beamten- und Polizeistaat! Und das wird nicht anders, solange wir unsere Staatsbürgerinteressen oder -rechte samt und sonders nicht als Staatsbürgerpflichten auffassen! Alle Einwände, die gegen den Stimmzettel gemacht werden, sind nicht stichhaltig. Es fehlt scheinbar an rechtem Glauben an unsere Zukunft, an rechtem Willen und Willen — zu viel Pessimismus, zu wenig Überzeugung — vielleicht auch Mangel an richtigem Erfassen der Dinge und Verständnis für die Sache — weil große Teile unseres Volkes bis zur kritischen Zeit sich viel zu wenig um das kümmern, was ihre ureigensten Staatsbürgerinteressen gewesen wären! Wir müssen uns hineinsehen in den Staat, ihn zu erobern suchen, ihn formen nach unserm Glauben, nach unserm Ideal, und das kann nur geschehen, wenn die Voraussetzungen gegeben, wenn die Vorbereitungen erfüllt sind. Der Staat von heute, obwohl Republik, gefällt uns nicht, paßt uns nicht. Wenn wir auch keinen „Arbeiterstaat“ erstreben, so wollen wir auch keinen Beamten- und Polizeistaat, sondern einen wirklichen, wahren Volksstaat! „Gemeinschaft“ muß die Parole lauten! Gemeinschaft in allen Dingen, auch im ganzen Versicherungswesen. Hinweg mit allen Versicherungen; wir brauchen nur eine einzige große allgemeine Volksversicherung, die alles, aber auch alles in sich schließt, und bei der jeder ernten kann nach Maßgabe seiner Saat, d. h. seiner Beiträge. Auf diese Weise würden die schwer auf den Schaffenden lastenden Sorgen: arbeitslos, krank, invalid, all! eine wesentliche Milderung erfahren. Wir als Staatsangehörige, als Staatsmitglieder, als Staatsbürger sehen ruhig zu, wie ein Staat in Staate für sich und die Seinen sorgt in reichlichem, häufig überreichlichem Maße, und uns selbst ist bange vor Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter. Das sind doch wahrhaftig keine normalen, geschweige denn gesunden Verhältnisse!

Aber neben dieser sehr leicht erfüllbaren Pflicht der unbedingten Ausübung des Stimmrechts in Gemeinde, Staat und Reich harren unser noch vielerlei Aufgaben. Wollen wir Macht, so müssen wir sie uns erringen, erkämpfen — mit allen Mitteln, die wir nur anzuwenden, auf allen Wegen, die wir nur zu gehen vermögen! So, wie in den Staat, müssen wir uns auch einschließen in den Produktions-, in den ganzen Wirtschaftsprozess. Wenn wir von Kampf reden, so soll durchaus nicht an Waffengewalt und Kanonen gedacht werden, denn „wo rohe Kräfte sinnlos walten, da kann sich kein Gebild gestalten!“ Wir brauchen Revolution der Geister, damit die Evolution rascher vorwärts schreitet. Neben einem möglichst lückenlosen Zusammenfluß als Arbeitende, Schaffende in unsern Gewerkschaften bedarf es einer ebenfalls möglichst vollständigen Sammlung als Konsumenten, als Verbraucher in den bereits bestehenden Genossenschaften. Auch auf finanziellen Gebiet müssen wir alle auszugehenden Gelder (Versicherungen usw.) nur in die eignen Kanäle leiten, nicht auf andre Mißsien. Darüber ist in den letzten Jahren im „Korr.“ anerkanntermaßen so viel Gutes und Praktisches, Anschauliches geschrieben worden, daß heute weiteres überflüssig ist. Zu diesen beiden großen Bewegungen: Gewerkschaften — Genossenschaften, kommt als dritte, naturnotwendige: die Partei. Partei im wirklichen Sinne

des Wortes. Wir können eine Sache drohen und wenden wie wir wollen, wir kommen nicht herum — um die Partei. Noch leben wir eben im Zeitalter der „Partei“. Ob es einmal anders kommen wird? Selbst einen Diktator freizulassen, der lange „ilber der Partei“ stehen wollte und dem ein Herweg zurief: „Der Menschheit gilt's ein Opfer darzubringen, Der Menschheit, auf dem Altare der Partei“, wofür der ewige Kampf der Menschen in eine andre Front: in die Front der „Partei“! Gibt es Zweifel, welcher Partei wir folgen sollen, folgen müssen? Es gibt nur eine, sagen wir einmal, Arbeiterpartei und diese vertritt nicht nur speziell Arbeiterinteressen, sondern hat immer und jederzeit das Wohl des ganzen Volkes im Auge. Kulturpartei im wahren Sinne des Wortes! Sozialismus — eine Religion, dazumit vielleicht die Religion! — Man muß ihm nur die wahre Auslegung geben und zu seiner Vertretung nur die tüchtigsten und fähigsten, die lautesten und wahrhaftigsten Charaktere ausersuchen. Gewerkschaft, Genossenschaft, Partei — dieses Dreieck müssen wir hegen und pflegen und ihm die Treue halten, ihm müssen wir unsere Kräfte, und seien es auch die schwächsten, weihen, Glauben und Vertrauen muß uns befehlen im Sinne nachfolgend zitierten, abschließenden Satzes: „Wenn es einen Glauben gibt, der imstande wäre, Berge zu versetzen, dann ist es der Glaube an die eigene Kraft!“

München. Beugler.

Verbandsferienheimefrage

In verschiedenen der vorstehenden Kritik zur Beitrags- und Unterstützungsfrage waren auch Ansichten über das Ferienheimproblem enthalten. Sie waren durchweg abschneidend, jedoch ohne Ausnahme mit keinerlei Motiven begründet, die in dieser Angelegenheit im „Korr.“ nicht schon mehrfach zum Ausdruck gekommen wären. Wir haben diese Stellen in den betreffenden Kritiken aus Gründen der Räumersparnis gestrichen und bitten darum, von weiteren Stellungnahmen zu diesem Thema Abstand zu nehmen, sofern dafür nicht wesentlich neue Gedanken ins Feld geführt werden können. Die Schriftleitung.

Allgemeines

Mit Befriedigung kann man feststellen, daß die meisten Kollegen, die bisher im „Korr.“ zu Worte kamen, praktische Vorschläge für den Verbandstag gemacht haben. Von den Vorschlägen der Kollegen Postler (Ems- horn) und Hauche (München) kann man das aber wohl kaum sagen. Kollege Postler sieht mit einem kühlen Lächeln auf alle bisher geleistete Arbeit des Verbandes. Er scheint der Ansicht zu sein, daß alle diejenigen, die diese Arbeit fördern halfen, wirklich nicht über den engen Rahmen der russischer Delegation hinausgehen könnten. „Eben weil“ wir sogar noch weiter sehen als der Kollege Postler, können wir uns nicht dem törichten Glauben hingeben, daß es nur eines großen Anstoßes bedürfte, um den jetzigen Staat völlig aus den Fugen zu heben und ein soziales Gesellschaftswesen an dessen Stelle zu setzen. Die Tagesprobleme fordern natürlich auch vom Verbandstag klare Entscheidungen. Das ist jedoch mit hochklingenden Worten allein nicht getan. Neben dem unvermeidlichen Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird auch ferner unermüßlich an der Stärkung des Verbandes gearbeitet werden müssen, damit er allen Widerwärtigkeiten trotzen kann. Nur wenn alle Kollegen fest und treu zum Verbands stehen, werden wir an unserm Ziele das beitragen, die Arbeiterklasse allmählich aus der Verelendung zu befreien. Wenn zum andern Kollege Hauche schreibt, unre Arbeit auf dem Verbandstag muß vor allem von richtiger theoretischer Erkenntnis der Wirtschaftslage ausgehen, so scheint mir dies das Gegenteil von dem zu sein, was die überwältigende Mehrheit, wenn nicht sogar die Gesamtheit der Kollegen vom Verbandstag erwartet. Vor allem verlangt die Kollegenarbeit vom Verbandstag praktische Gegenwartsarbeit. Alle Festlegungen für die Zukunft haben ganz von selbst theoretischen, d. h. mutmaßlichen Charakter, weil sich die Entwicklung nicht nach fest- umgrenzten Maßstäben berechnen läßt. Eine Zusammen- arbeit in der graphischen Industrie ist unbedingt notwendig. In der Frage des Industrieverbandes ist jedoch seit der Hamburger Tagung keine wesentliche Änderung eingetreten. Die Schwierigkeiten zur Schaffung des Einheitsverbandes bestehen nach wie vor. Auch der kommende Verbandstag wird sich damit abfinden müssen und nicht den Versuch unternehmen dürfen, die Mitgliedschaften der graphischen Verbände aneinanderzuschließen, weil die Mitglieder innerlich noch nicht organisatorisch zusammengehören. Der Kampf für den Achtstundentag ist eine Selbstverständlichkeit. Das Bestreben, eine einheitliche Internationale zu schaffen, wird ein vergebliches Bemühen sein, solange die rote Gewerkschaftsinternationale dem Ganzen einen kommunistischen Parteikempel aufzudrücken versucht. Es war bisher noch immer üblich, daß eine kleinere Gruppe, wenn sie zur Mutterorganisation zurückkehrte, sich in den großen Rahmen der dort bestehenden Verhältnisse einordnete. So nahe, wie Kollege Hauche zum Schluß meint, ist die Übernahme der Produktion durch die Arbeiterklasse sicherlich nicht. Bis dahin wird noch mancher harte Kampf mit dem Unternehmertum ausgefochten werden müssen. Wenn der Verbandstag dieser Vorfrage tritt, hat er schon ein gut Stück Arbeit geleistet! Berlin. R. Wunderlich.

Erwidern
Auf die „Belaftungen“ des Kollegen o-Stuttgart in Nr. 28 kann ich nicht umhin, folgende E n n e n d u n g e n zu machen. Was der weise Spruch „Im Himmel ist mehr Freude über einem Sünden, der Buße tut, denn über zehn Gerechten“ mit meinem Artikel in Nr. 24 zu tun hat, vermag ich nicht einzusehen.

Herr Kollege e, ich habe in der Stuttgarter Versammlung die Summe von 5310,80 Mk., die im Jahre 1925 für Agitation usw. ausgegeben wurde, zu hoch gefunden in Rücksicht darauf, daß wir in der Gantasse 3000 Mk. Defizit hatten, und sagte weiter, in Anbetracht des Defizits könnte an diesem Posten Agitation usw. vielleicht etwas gespart werden, nachdem wir doch Bezirksvereine haben und da könnten die Vorstehenden derselben manchnal referieren. Ich gab mich dann zufrieden, nachdem Kollege Klein erklärte, die reinen Agitationskosten betragen etwa 1000 Mk. Von einem Kampf gegen die „hohen Agitationkosten“ kann keine Spur sein.

Also Herr Kollege e, jeder Kollege, der in der Stuttgarter Versammlung anwesend war, wird mir das bestätigen. Also immer hilfsich bei der Wahrheit bleiben.

Ich habe mich vielen Kollegen angeschlossen, die der Meinung sind, daß mit der fortwährenden Beitragserhöhung endlich Schluß gemacht wird, die nur böses Blut unter den Kollegen verursacht; denn der jetzige Beitrag ist doch wahrhaftig hoch genug, ich zahle 2,85, alles eingerechnet. Deshalb habe ich auf dem Gantag für den Antrag von Geseke, Meßger usw. gestimmt, worin verlangt wurde, daß von dem Baufonds 10 Pf. dem Gau, 10 Pf. dem Unterstützungsfonds zuzufleßen.

Die Beitragserhöhung um 10 Pf. pro Woche wurde vom Gantag mit ganz geringer Mehrheit angenommen und nun hat sich jedes Mitglied zu flügen.

Das klingt doch wesentlich anders als Sie schreiben. Also, wir wollten eine Beitragserhöhung vermeiden und der Gantage auf diesem Wege helfen. Oder: Ist Ihnen der Beitrag noch nicht hoch genug, dann haben Sie es ja in der Hand, Ihre milde Hand aufzutun und eine freiwillige Gabe jede Woche an die Gantage abzugeben. Es wird Sie sicher kein Kollege daran hindern.

Was Kollege Böblisch (Tübingen) auf dem Gantag ausgeführt, das trifft nicht meine Person, sondern diejenigen Kollegen, die Anträge auf Erhöhung der Unterstützungsätze ohne Beitragserhöhung eingereicht hatten (Schwenningen usw.). Warum Kollege o die Ausführungen des Kollegen B. (Tübingen) auf mich anwendet, ist mir ein Rätsel.

Ich bin seit 31 Jahren ununterbrochen Mitglied des Verbandes und habe jederzeit meine Pflicht erfüllt als Gewerkschafter. Wenn ich in einer Stuttgarter Versammlung Kritik über die „unsern“ gutes Recht als Mitglied; denn es ist die Kritik zu üben war noch nie ein Schaden im Gewerkschaftsleben. Aber ich steige vom „hohen Ross“ herab und verachte „zu Fuß“ auf die „Belaftungen“ des Kollegen e.

Stuttgart.

Georg Brem.

Maifeierphantasien aus einem Berliner Prinzipalsticker

In einem Leitartikel der Nummer 34 vom 27. April 1926 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ läßt ein Herr W. Gschkerlei nachdenkliche Betrachtungen über den 1. Mai vom Stapel. Der Aufruf des ADGB. und des IFA-Bundes, am 1. Mai für den gesetzlichen Achtstundentag und den Ausbau der Sozialgesetzgebung zu demonstrieren, hat es dem Verfasser angefallen, und sein nur dem Wohle der Allgemeinheit dienendes Streben drückte ihm den Federzettel in die Hand und zwang ihn, seine überströmenden Gefühle zu Papier zu bringen. Und weil in dem Aufruf auf die ungeheure Arbeitslosigkeit hingewiesen wird, so hätte nach Ansicht des Artikelstellers der Ruf an die Masse ergehen müssen, „zu arbeiten, zu schaffen, mehr noch zu produzieren als bisher, um auf dem Wege der Produktion Arbeit und Brot für die zu schaffen, die heute die Arbeit uns arbeitslos füllen.“ Statt diese Forderung aufzustellen, hört man nur „Erhöhung des Lohnes, Achtstundentag, Sozialversicherung“.

Das ungeheure Heer von fast zwei Millionen Arbeitslosen bestände nach der vorstehend gekennzeichneten Unternehmerrfassung aus Menschen, die nicht arbeiten, nicht schaffen, nicht produzieren wollen, die auf Grund einer überbelegten Sozialpolitik den inneren Trieb und den Willen, sich in den Produktionsapparat einzuflechten, verloren haben, da „Ietzten Endes eine überspannte Sozialpolitik in der starken Förderung der Arbeitslosigkeit ist.“ Es kann von keinem denkenden und sehenden Menschen bestritten werden, daß innerhalb weitester Schichten unsres Volkes ein ungeheurer Bedarf vorhanden ist, der nicht gestillt werden kann, weil es an Kaufkraft mangelt. Wie soll dieser notwendige Bedarf gedeckt werden? Etwa dadurch, daß immer mehr gearbeitet wird in dem Sinne, wie die Weltweisen des Untermertums es verstehen, durch Verlangung der Arbeitszeit? Die gefüllten Läger können doch nur geräumt werden, wenn die nötige Kaufkraft vorhanden ist. Diese kann aber nicht erzeugt werden durch Lohndruck, sondern durch Lohnaufbau. In solcher Lage wie die, in der

sich unsre heutige Wirtschaft befindet und die der Verfasser des Artikels mit einem Schiff auf hoher See vergleicht, kann man auch nicht rufen: „Alle Mann an die Pumpen!“ Denn welchen Zweck sollte dieses Arbeiten an den Pumpen haben, wenn die Führer zu unsäglich sind, richtig zu steuern. Erst muß das Steuer des Schiffes herumgegriffen werden, erst müssen die sogenannten Führer des Schiffes, „Wirtschaftsamt“ erkannt haben, daß sie einen falschen Kurs steuern, dann werden wir aus der gefährlichen Lage herauskommen.

Was bedeutet es eigentlich, die Sozialpolitik als eine Aufführung von Unproduktivem zu bezeichnen, womit jedes Erzeugnis unserer Industrie belastet wird und so die Rentabilität der Wirtschaft in Frage stellt. Es muß immer wieder betont werden, will man in der Industrie unproduktive Ausgaben ersparen, dann laue man ebenso entschieden und durchgreifend den oberen Verwaltungsapparat ab, wie es unten mit Arbeitern und Angestellten getan wurde.

Es ist eine beliebte Methode, nach dem Ruf „Halte den Dieb!“ seine Absichten zu verkleinern. So geschieht es auch durch Herrn W. Gsch. Weil die Gewerkschaften immer wieder darauf hinweisen, daß eine Besserung unserer Lage nur durch eine Stärkung des inneren Marktes erfolgen kann, weil sie fordern, daß die Opfer einer verfehlten Wirtschaftspolitik nicht im Elend verkommen dürfen, wird von einem Aufstreben der Massenintellektuelle gesprochen. Wenn etwas die Massen aufzureizen in der Lage ist, dann ist es gerade das Vorgehen des deutschen Unternehmertums, die jegliche Notlage der arbeitenden Massen auszunutzen, um mit der Hungerpeitsche den alten Herrn-im-Haule-Standpunkt wieder durchzusetzen. Und gerade deshalb wird es wohl noch sehr lange dauern, ehe der Gedanke des 1. Mai sich überlebt hat, wie der Kritikschriftsteller es hofft. Der 1. Mai ist für die Arbeiterschaft, in der das Bewußtsein der Klasse lebt, nicht nur ein Tag des Demonstrierens, sondern der Ausdruck des bewußten Willens, einem höheren Menschentum zuzustreben, einem Menschentum, in dem der Mensch nicht nur als Ausbeutungsobjekt einer Klasse von Kapitalisten gegenübersteht, sondern teilnimmt an den Erzeugnissen der Kultur.

Es ist sehr verfrüht und zeugt nur von mangelnder Beobachtungsgabe, wenn von einem Fiasko des Weltfeiertages gesprochen wird. Denn der 1. Mai ist auch ein Kampftag. Seine Ausdrucksform kann wechseln, genau so, wie das Kräfteverhältnis zweier Gegner wechseln kann. Bezeichnend ist es, daß gerade in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges von einer „Traumlandidee der Weltverbesserung“ anfänglich der Maifeier in einem Unternehmernorgan gesprochen wird. Das sieht beinahe so aus, als glaubt man, eine neue Zeit schrankenloser Unternehmerrwillkür steige herauf. In den Zeiten politischer Hochspannung, die dem Zusammenbruch folgten, hat man weniger davon gehört. Es zeugt auch von einer mangelnden Kenntnis des Denkens und Fühlens des deutschen Arbeiters, davon zu sprechen, der 1. Mai sei aus einer andern Zeit herübergetragen worden als „ein Symbol verlorenen ideeller Hoffnungen“. Es scheint vielmehr, als spüte diese andre Zeit noch in so manchen Köpfen des deutschen Unternehmertums; aber es wird sich auch in Zukunft zeigen, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, auch weiter gegen unsoziale und arbeiterverdächtige Schlussfolgerungen zu kämpfen, die die Unternehmerschaft glaubt aus der gegenwärtigen Lage ziehen zu können! Denn schon an der diesjährigen, besonders eindrucksvoll verlaufenen Maifeier der Berliner graphischen Arbeiterschaft sind gewisse juristische Berater einiger Berliner großen Zeitungsverlage nicht ganz „unbeteiligt“. Und vielleicht legen sich jene Zeitungsverleger, die sich von diesen Verren in eine dem Eros Kolumbus ähnlliche, rein „rechtliche“ Frontstellung gegen die Maifeier lösen ließen, einmal die Frage vor, ob der „Erfolg“ solcher Subarenzritte ihrer Strategien nicht mit viel weniger Kosten und ohne Bekäftigungen des Amtsschimmels zu erreichen gewesen wäre?

Berlin = Steglitz.

Georg Pösch.

Korrespondenzen

Berlin. (Notation.) Das abgelaufene erste Vierteljahr zeichnete sich durch außerordentlich guten Versammlungsbefuch aus. In der Januar-Generalversammlung erstattete der Vorsitzende Croft den Jahresbericht über das letzte Geschäftsjahr, der Kassierer gab den Kassenericht. Die Kasse steht finanziell vorzüglich da. Der alte Vorstand wurde, mit Ausnahme des Schriftführers, der seinen Posten wegen Überlastung aufgab, einstimmig wiedergewählt. — Die Februarversammlung brachte einen technischen Vortrag des Kollegen Hermann Erbs über: „Welche Aufzugart ist für die Zeitungs- und Illustrations-Notationsmaschinen zu empfehlen?“ a) Das Kräftepiel der rotierenden Zylinder mit Wirkung auf Druck und Maschine. b) Aufzugart und Aufzugmaterial. Dann wurde noch der Bericht von der Kreisvorferenz in Steffin erstattet. Unter „Bereinsmitteilungen“ ersuchte der Vorsitzende um Hinweis auf das „Korr.“ — Obligatorium die Kollegen, soweit sie den „Korr.“ noch nicht abonniert haben, diesen umgehend bei ihrem zuständigen Postamt zu bestellen. — Die Märzversammlung war außerordentlich interessant durch einen Vortrag des Kollegen Erich Wendland über: „Henry Ford und sein System“.

Chemnitz. Eine von 370 Kollegen aus 32 Orten besuchte Bezirksversammlung hörte einen interessanten Vortrag des Verwaltungsdirektors der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Herrn Tonn, über „Wirtschaft und Sozialpolitik“. Redner zeigte die Wechselwirkungen auf, von der beide Faktoren abhängig sind, die aber heute die Sozial-

versicherung viel härter treffen als die Wirtschaft, und trat den wider sinnigen Bestrebungen auf Abbau der sozialen Versicherungszweige energig entgegen. Die Sozialpolitik muß die ihr auferlegten Pflichten erfüllen, sie darf nicht durch Wirtschaftskrisen darin beschränkt oder gar behindert werden. Weiterer Ausbau und Aufbau, die Gewährleistung steter Entwicklung bei voller Selbstständigkeit der Verwaltung durch die Versicherungsträger sei erforderlich, soll der Wirtschaft der so außerordentlich nötige gesunde Nachdruck zugeführt werden. Die Arbeiterschaft hat dafür zu wirken, daß die Berührungspunkte der Selbstverwaltung von interessierten Kreisen erkannt und zurückgewiesen werden. Eine im Sinne des Referats gefasste und den Forderungen des ADGB entsprechende Entschliessung fand einstimmige Annahme. Die Besprechung der Anträge zum Verbandstag brachte das Für und Wider zu der verschiedentlich verlangten Umgestaltung unserer Organisation, zu der künftigen Tarifgestaltung und zum Ausbau der Unterstützungszweige. Die Stellungnahme der Mitgliedsvereine zeigte sich bei der Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag in geheimer Abstimmung. Der Kandidat der sogenannten Opposition blieb mit 91 Stimmen hinter dem seltungsgemäßen erforderlichen Drittel (111 Stimmen) zurück und schied damit von der Aufstellung aus. Dieses Ergebnis gab dem kommunistischen Organ Veranlassung zu einem beispiellos demagogischen, geistlosen und die Wahrheit auf den Kopf stellenden Versammlungsbericht. Damit Kollegen fangen zu wollen, die noch sehen, hören und denken können, sollte dieser „Kämpfer“ für die „Einheit“ Buchdruckern nicht zumuten. Selbst der ironisch gemeinte Anspruch eines ergrauten Kollegen, der Durchfall des oppositionellen Kollegen „sei nicht schön“, muß für die Herabsetzung der mit großer Mehrheit gewählten Kandidaten herhalten. Nominiert wurden die Kollegen Beier, Dähnel, Schönian, Schumm, Wangelin. Hierzu noch vom Bezirk Klauen Kollege Kober und vom Bezirk Zwickau die Kollegen Traiser (Zwickau) und Lauterbach (Aue). Unter „Bezirksangelegenheiten“ fand die recht häufige und teilweise stark übersehene der Lehrlehrgänge entschiedene Zurückweisung. Diefen Versuchen sind der Gausvorstand, die Bezirksvorstände und die Schiedsämter entgegengetreten. Soweit diese Maßnahmen die tarifkräftigen Prinzipale, die zum Teil Mitglied des ADGB sind, nicht auf den Boden des Tarifs zurückzuführen, werden schärfere Maßnahmen erforderlich. — Mit der Aufforderung zur Teilnahme aller Kollegen mit Damen an der am 4. Juli stattfindenden Bezirksversammlung mit Verbandsjubäum schloß die Versammlung.

Kempten (Allgäu). In schlichtem Rahmen wurde am 14. März das 40 jährige Bestehen unseres Ortsvereins gefeiert. Eine stattliche Zahl von Kollegen, teils mit Angehörigen, hatte sich eingefunden. Unser einziges, noch hier am Dreiecksföhrungsmittelpunkt, Kollege Wilhelm Kerner, seit Jahren außer Beruf, hielt den Festvortrag. In padender Weise schilderte er die Vorgeschichte von 1870 bis zur eigentlichen Gründung am 18. März 1886 und dann den steinigen und mühevollen Weg, den unser Ortsverein zurücklegen mußte. Er gedachte auch aller wärschändlicher „Zeit“ amittlernden Vorstehenden und schloß seine guten Ausführungen mit einem dreifachen Hoch auf dem Kemptener Ortsverein des Verbandes. Vorstehender Gabeler dankte unserm Vorkämpfer und Jubilar, der heute noch den Posten des Kassierers inne hat, aufs herzlichste und überreichte ihm zum äußeren Beweis des Dankes im Namen des Ortsvereins ein kleines Geschenk. Hieran schloß sich dann der sang- und klangliche Teil, um den sich die Gesellschaft der „Typographia“ durch Wiebergabe guter Volkschöre wieder einmal sehr verdient machte.

Köln a. Rh. Inre Bezirksversammlung am 13. März erfreute sich eines ziemlich guten Besuches. Nachdem Vorsitzender Jansen die Erschienenen begrüßt, der geschäftliche Teil erledigt und Aufnahmen und Ausschluß getätigt waren, folgte der Kassenericht vom vierten Vierteljahr 1925. Dem Verwalter wurde Entlastung erteilt. Im Anschluß daran gab der Vorsitzende einen kurzen Situationsbericht über „Die augenblickliche Lage in unserm Gewerbe“. Wenngleich nicht verkannt werden darf, daß einige Prinzipale dazu übergehen wollten, Abbau an den Löhnen vorzunehmen, so kann man doch behaupten, daß dieses unsoziale Vorhaben in nur sehr wenigen Fällen zu verzeichnen ist und auch nach Vorstelligen des Bezirksvorstehenden in den meisten Fällen wieder beseitigt wurde. Die Werkerschaft hat aber alle Ursache, die Augen offen zu halten und den kommenden Dingen nicht geschloffenen, sondern offenen Auges entgegenzusehen. Die an der Diskussion teilnehmenden Kollegen brachten ebenfalls entscheidend zum Ausdruck, daß von einem Abbau keine Rede sein könne, dazu seien vor allen Dingen die Löhne nicht hoch genug, aber die Gegenstände des täglichen Bedarfs desto teurer. Zum folgenden Tagesordnungspunkt lag ein Antrag des Vorstandes vor, den vom 28. März bis einschließl. 26. Juni 1926 ausgeteuernten arbeitslosen Kollegen eine Unterstützung aus der Ortskasse zu gewähren. Die Versammlung hatte für diesen Antrag volles Verständnis und beschloß demgemäß. Der Vorstand wurde beauftragt, der Aprilversammlung einen Entwurf vorzulegen, wonach allen Arbeitslosen eine Beihilfe aus der Ortskasse gewährt und eine demgemäße Beitragserhöhung vorgenommen wird. Nunmehr folgte die Beratung der Anträge zum Verbandstag. Seitens des Bezirksvereins Köln soll folgender Antrag gestellt werden: „Der Verbandstag wolle beschließen, die Unterstützungsfähigkeit für Invaliden zu erhöhen.“ Ebenso ging ein Antrag des Kollegen Klotz vor, der eine Stafflung nach der Beitragszahlung vorschlägt, beginnend mit 1,50 M. und endigend mit 3,50 M. Von der Tafel ausgehend, daß alle Kollegen jahrgestaltend ihre Beiträge zur Invalidentasse gezahlt, durch die Inflation unzulässig Angebots ihre für das Alter bestimmten Jauer ersparten Groschen verloren haben, müsse von seiten unseres Verbandes dafür gesorgt werden, diesen einen besseren Lebensabend zu verschaffen; das könne aber mit der seither gezahlten Unterstützung nicht erreicht werden. Hier müsse geteilt der Verbandstages eine bessere Unterstützung beschloffen werden.

Leipzig. (Korrekturen.) Der Vorsitzende führte in der Märzversammlung aus, daß der verfloßene Monat arbeits- und ereignisreich gewesen sei. Er gab seiner Freude Ausdruck über den außerordentlich guten Besuch; unter solcher Anteilnahme am Vereinsleben sei es für den Vorstand eine Lust, für die Kollegschaft zu arbeiten. Nach Bekanntgabe von sechs neuen Anmeldungen — die Mitgliedszahl ist damit auf 235 angewachsen — streifte der Vorsitzende kurz das Wesentliche des Ergebnisses der Gausvorstandeswahl, die leider den Korrekturen in diesem Jahre keine Vertretung brachte; besonders für Leipzig eine die Spartenarbeit zweifellos hemmende Tafel. Der Besuch der Deutschen Zentralbibliothek für Blinde und des mit allen Neuerungen der Technik ausgestatteten Fernsprekames boten mannigfache Anregung und Belehrung für die zahlreichen Teilnehmer. Mit dem Hinweis auf das künftige Arbeitsprogramm, dessen Vervollständigung auch den letzten Korrektor und Revisor veranlassen sollte, an den Veranstaltungen seiner Sparte teilzunehmen, schloß der Vorsitzende, um Herrn Dr. med. Biedermann das Wort zu geben zu seinem Vortrage: „Das menschliche Auge“. Der Vortragende fand mit seinen Ausführungen, die durch Anschauungsmaterial und Lichtbilder wirksam unterstützt wurden, bei den Versammelten — zu neun Zehnteln Brillenträger! — ein williges Ohr. Möchten die in einer angenehmen Aussprache gegebenen Hinweise zur Pflege und Erhaltung des Augenlichts — des kostbarsten Gutes des Korrektors und Revisors — weiteste Beachtung finden! Die Firma Martin Trudenbrod zeigte in einer dem Vortrage angepaßten Ausstellung das Neueste auf dem Gebiete der Optik, insbesondere der Augenkorrektur. Den Genannten auch an dieser Stelle für ihre Uneigennützigkeit besten Dank!

Mannheim. In unser Bezirkssversammlung am 20. März, die verhältnismäßig gut besucht war, gelangten drei Kollegen zur Aufnahme. Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten wurde in die Beratung der Anträge zum Goutag und zum Verbandstag eingetreten. Nach Aufstellung der Goutagskandidaten wurde beschloffen, unser diesjähriges Jahresfest eventuell in einem Bortort, in dem von der Arbeiterschaft Sedenheim aus eigener Kraft errichteten geräumigen Vereinshaufe, zu feiern.

Mannheim. (Mafchinenhejer.) Am 27. März hielt die Mittelhessische Maschinenhejervereinigung für die Bezirke Mannheim-Ludwigsfelde und Heidelberg ihre erste diesjährige Quartaalversammlung in Sedenheim ab. Sie hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Zur Erledigung der Vorarbeiten zum Maschinenhejerkongress und zur Besprechung der wichtigsten Fragen war damit gleichzeitig eine Konferenz der Bezirksvorstehenden aus den übrigen Maschinenhejervereinen unseres Gaus verbunden. Für den Gausvorstand war Kollege Conrad angewand. Für den Bezirksverein Mannheim sprach Kollege Hrgig einige Begrüßungsworte. Beim ersten Tagesordnungspunkt konnte Vorsitzender Duntel (Mannheim) von dem erfreulichen Aufschwung der Maschinenhejerbewegung in Gän Mittelrhein berichten. Auch die Kassenverhältnisse konnten befriedigen. Die Aktivität und frudrige Mitarbeit in allen Verbands- und Spartenveranstaltungen müsse trotzdem noch bedeutend gesteigert werden. Inreger Diskussion wurde anschießend die derzeitige Lage besprochen, wie sie sich auf unserm Spezialgebiet und in unserm Gewerbe im allgemeinen entwidelt hat. Die Berichte aus den verschiednen Bezirken und die Aussprache zeigten, daß gegenüber einem jetzt schon teilweise festzustellenden Druck der Unternehmer Geschlossenheit und Einmütigkeit erforderlich sind, um notwendig werdende Abwehrmaßnahmen mit Erfolg durchzuführen. In seinem Referat über: „Der 5. Deutsche Maschinenhejerkongress in Berlin“ ging Vorsitzender Duntel auf die wichtigsten Fragen ein, die im Vordergrund dieser Tagung stehen werden. Inre alten Forderungen müssen heute mehr denn je mit allem Nachdruck vertreten werden. Die Debatte hierüber ließ volle Einmütigkeit im Sinne des Referats erkennen. Der Vorsitzende wies am Schluß noch darauf hin, daß in diesem Jahre eine Generalversammlung stattfinden, auf der vor allem unre Statuten einer Neuregung unterzogen werden müssen. In vorgerückter Stunde fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende. — Ein gemeinsames Mittagessen mit anschließendem gemühtlichen Beisammeln beschloß die Zusammenkunft in Sedenheim.

Mühlhausen (Thür.). Inre Hauptbezirksversammlung am 21. März erfreute sich guten Besuches. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Bezirksvorstehenden Gekner gedachte die Versammlung eines verstorbenen Kollegen. Alsdann folgten die Jahresberichte des Vorstehenden und des Kassierers. Die beantragte Entlastung wurde erteilt. Aus den Berichten der einzelnen Orte konnte festgestellt werden, daß sich die gewerbliche Lage etwas gebessert hat. Kollege Stadtrat W. Sperhake (Mühlhausen) hielt dann einen dankbar aufgenommenen Vortrag über „Die Wirtschaftskrise“. Ferner wurden Anträge zum Goutag und zum Verbandstag durchberaten und einstimmig angenommen. Die nächste Bezirksversammlung findet in Langenliefen statt. Bei der Wahl des Vorstandes wurden nur die Amter des Schriftführers und des zweiten Vorstehenden neu besetzt. Bezirksvorstehender Gekner wurde als Kandidat zum Verbandstag aufgestellt. — Tanz und abwechslungsreiche Unterhaltung hielt die Kollegen nach Schluß der Versammlung noch froh beisammen.

München. (Drucker.) Am 27. März hielt unser Verein seine gutbesuchte Generalversammlung ab. Nach Erledigung der Aufnahmen und zu „Geschäftlichem“ wurde der bayerische Druckertrag besprochen. Der Jahresbericht des Vereins legte Zeugnis von einer arbeitsreichen, aufwärtsstrebenden Tätigkeit ab. Die diesseitig veranstalteten Kurse zur Weiterbildung unserer Kollegen fanden restlos Zuspruch. Im Vorstand gab es infolge Niederlegung einzelner Amter einige Veränderungen. Eine ausgegebene Statistik soll uns Material verschaffen, um bestehende Mängelstände in Verbindung mit dem Ortsvorstande zu beseitigen und unre Konditionslorenzanz zu vermindern.

Naumburg a. d. S. (Vierteljahrshericht.) In der Februarversammlung hielt Kollege Dhs (Leipzig)

einen Vortrag über „Neuzeitlichen Werk- und Titel-“ der durch eine große Reihe von Musterbeispielen erläutert und beifällig aufgenommen wurde. In der Ende Januar zum Stillstand gekommenen Druckerei vor den Schölen sind von dort beschäftigt gemessene vier Mitglieder 677 M. Lohnforderungen rückständig geblieben. Traglich ist allerdings, ob die vorhandene Masse zur Deckung der Verbindlichkeiten ausreicht und die Kollegen zu ihrem Gelde kommen. — Wie in der Märzverammlung berichtet wurde, ist neuerdings über die Schölen Druckerei das Konkursverfahren eröffnet worden. Weiter wurde vom Vorsitzenden bekanntgegeben, was alles als Werbungskosten beim Steuerabzug in Ansatz gebracht und welche Schritte beim Finanzamt in bezug auf evtl. Steuerermäßigung zu unternehmen sind. Das unterlegale Verhalten eines Mitgliedes beim Verschaffen einer Kondition gegenüber einem bereits durch den Arbeitsnachweis Vermittelten wurde entsprechend gekennzeichnet. Das eigenmächtige Umfassen in den Druckereien soll unterbleiben und nur der Arbeitsnachweis zur Vermittlung benutzt werden. Die zum bevorstehenden Verbandstag und zum Gantag zu stellenden Anträge wurden in manchen ziemlich lebhafter Aussprache eingehend erörtert. In beiden Verammlungen wurde über die Sitzungen des Ortsausschusses berichtet. Acht Mitglieder waren arbeitslos und auch die Krankenteile weist dauernd einen hohen Bestand auf.

Brenzau. (Vierteljahrsbericht.) Das Berufsleben im ersten Vierteljahr war sehr reger. In der Generalversammlung wurde der Vorstand wiedergewählt, und zwar als Vorsitzender Kollege Ernst Richter und als Kassier Martin W. H. Dem Ortsverein gehören 39 Kollegen an. Sämtliche Lehrlinge der Firma C. Vincent find der Lehrlingsabteilung angehörend. In einer außerordentlichen Versammlung am 6. Februar sprach Kollege Gert H. (Stettin) vom Bildungsverband (Kreis Stettin) über „Die Bildungsbestrebungen im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker“. Nach dem interessanten Vortrag und Bepredung von Druckmaschinen wurde eine Graphische Vereinigung gegründet. In der Versammlung im Februar wurde eine Reisepartie gegründet zum Besuch des Kaufhauses in Stettin und zur Besichtigung unseres Verbandshauses in Berlin. — In der Versammlung im März sprach Kollege Heinrich (Eberswalde) über: „60 Jahre Verband der Deutschen Buchdrucker“. Am 21. Februar wurde eine Maschinenlehrevereinigung gegründet. Der Vorsitzende der Brandenburgischen Maschinenlehrevereinigung, Kollege Ledder (Berlin), hielt einen Vortrag über: „Zweck und Ziele der Maschinenlehre“. In diesem Jahre können die Kollegen Hugo Kern auf eine 35jährige, Emil Walthert auf eine 40jährige und Karl Fische auf eine 43jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken.

Wiesbaden. In unserer Versammlung am 27. März gab Vorsitzender Schäfer zunächst Kenntnis von der Neubesehung des hiesigen Arbeitersekretariats. Das Graphische Kartell hat sich neu gebildet, und es sollen in Zukunft gemeinsame Mitteilungen der vier graphischen Verbände herausgegeben werden, um ein besseres Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Einem Antrag des Druckers auf Bewilligung einer Beihilfe zur Beteiligung am Drucker in Frankfurt a. M. wurde stattgegeben. Aufgenommen wurden zwei Kollegen. Die geplanten Veranstaltungen zum Gantag wurden gutgeheißen. In den Lehrlingsabteilungsmitgliedern wurden zur Unterstützung des Obmanns vier Kollegen gewählt, die sich in der Hauptsache der Bildung einer Lichtbild- und Musikgruppe widmen sollen. Der Punkt Wahl der Kartellbelegierten wurde vertagt. Im Mittelpunkt des Interesses stand ein Vortrag des Kollegen K. E. (Frankfurt a. M.) über: „Eindrücke von einer Englandreise“. In anschaulicher und interessanter Form wußte der Redner seine Eindrücke und Erfahrungen von der Studienreise des Volksbildungsbundes Frankfurt a. M. zu vermitteln. Mit besonderem Interesse folgte die Versammlung seinen Ausführungen über die Organisationsverhältnisse der englischen Buchdrucker. Es konnte festgestellt werden, daß England heute nicht mehr als Vorbild in der Gewerkschaftsbewegung angesprochen werden kann, sondern in Deutschland die Verhältnisse auf diesem Gebiet wesentlich günstiger sind. Der Vortrag wurde mitichtlichem Interesse verfolgt und dem Redner am Schluß lebhafter Beifall gezollt. Der Kasienbericht des Kollegen S. Junior gab zu Beanstandungen keinen Anlaß.

Den Allen zur Ehr', den Jungen zur Lehr'!
50 jähriges Verbandsjubiläum

Scher Hermann Behrens in Northeim. Jnvalide seit 1920.

Allgemeine Rundschau

Der englische Nietenkampf. Wie schon in voriger Nummer kurz mitgeteilt, haben die englischen Gewerkschaften, nachdem die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern im englischen Kohlenbergbau endgültig gescheitert sind, die Verhängung des Generalkonflikts angedroht. Inzwischen ist aus dieser Androhung Wirklichkeit geworden. Dem Streik der englischen Bergarbeiter schlossen sich Sympathiestreiks der Eisenbahnarbeiter, der Metalle, Transport- und Bauarbeiter sowie der Buchdrucker an. Neben einer Million Bergarbeiter sind noch insgesamt 3,6 Millionen anderer Arbeiter an dem Nietenkampf beteiligt. Auch die Arbeiter des Arsenal in Woolwich und der Staatsdruckerei sind in den Ausland getreten. Londoner Zeitungen erschienen am Mittwochmorgen nur mit starken Einschränkungen. Um das Geschehen von Notsetzungen zu ermöglichen, erließ die natürllich auf Unternehmenseite stehende Regierung durch Rundfunk einen dringenden Appell an die Buchdrucker, sich an bestimmten Sammelplätzen zur Verfügung zu stellen. Sie garantiert den Streikbrechern Schutz sowie Sicherstellung ihrer Zukunft. Der englische Kampf dreht sich im Kern um wirtschaftliche Ziele. Er ist ein Kampf gegen die Abwägung der Kosten der notwendigen technischen Entwicklung, der sogenannten Rationalisierung, auf die Arbeiterschaft. Die englische Regierung hatte bis zum 1. Mai 1926 den britischen Bergbau in der Art subventioniert, daß sie die Differenz zwischen dem Bergarbeiterlohn und dem von den englischen Grubenbesitzern tatsächlich gezahlten niedrigeren Lohn aus Staatsmitteln deckte. Eine solche Regelung entlastete vor allen Dingen das Lohnkonto der englischen Bergbauunternehmer und ermöglichte eine künstliche Rentabilität der Gruben und einen vermehrten Absatz britischer Rohlen im Auslande. Die Subventionspolitik der englischen Regierung war also durchaus produktionsförderlich zugunsten der englischen Bergbaubetriebe, die immer wieder betonten und auch budmäßig nachwiesen, daß der englische Bergarbeiterlohn für sie nicht tragbar ist. Dieses Gehältnis ist aber zugleich das Eingeländnis der Unrentabilität der englischen Gruben, und so ergab sich für England die zwingende Notwendigkeit, seinen Bergbau zu sanieren, den technischen Umstellungsprozess vorzunehmen. In dem Lohnkonflikt der englischen Bergarbeiter traten alle die bekannten Schwierigkeiten des Rationalisierungsprozesses zu Tage, wie sie in ganz ähnlicher Form der deutsche Bergbau und auch andere Industrien in Deutschland zu überwinden haben. Der englischen Arbeiterschaft fällt damit, wie schon öfter in der Geschichte der Arbeiterbewegung, die opfervolle Aufgabe zu, Vorkämpfer für die gesamte Arbeiterschaft zu sein. Aus diesem Grunde bleibt die Abwehr in gemeinsamer gewerkschaftlicher Kampffront eine unbedingte Notwendigkeit. Darauf weist auch ein Aufruf des Deutschen Bergarbeiterverbandes an seine Mitglieder hin, worin gesagt wird: „Getreu dem Brüsseler Beschlus, daß für den Fall eines Kampfes in England zunächst internationale Maßnahmen getroffen werden, um den Transport von Kohle nach Großbritannien zu verhindern, wird der Bergarbeiterverband alles tun, was in seiner Kraft steht, diesem Beschlus Rechnung zu tragen. Er hat sich zu diesem Zwecke mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und mit andern für diese Frage in Betracht kommenden Verbänden in Verbindung gesetzt und wird mit diesen die zu treffenden Maßnahmen beraten. Inzwischen müssen aber auch die deutschen Bergarbeiter das ihrige tun, um den englischen Kameraden zu helfen, besonders wenn das, was von ihnen verlangt wird, in ihrem eignen Interesse liegt. Im Interesse der deutschen Bergleute liegt die Beteiligung der überflüssigen, die gegenwärtig in großem Umfang gemacht werden, trotzdem wir in den letzten Monaten drei Viertel Million und mehr Freiergebnisse und Halbenbestände von 7 bis 8 Millionen Tonnen allein im Ruhrgebiet hatten. Kameraden, wehrt euch gegen jeden Versuch, euch überflüssigen aufzuwürgen. Bergarbeitern nicht die Arbeitslosigkeit und die Freiergebnisse im eignen Lande und zugleich die Schwierigkeiten der englischen Kameraden. Baret im übrigen das Ergebnis der Verhandlungen der zuständigen Organisationen ab! Weist die Einmischung Unberuener in diesen Fragen zurück und laßt euch von keiner Seite zu unbesonnenen Schritten hinführen! Weiterhin ist noch eine gemeinsame Kundgebung sämtlicher Bergarbeiterorganisationen erschienen, worin diese ihrer englischen Kameraden volle Sympathie und Unterstützung ausdrückte. Freier „läßt der DGB“ am Mittwoch in einer gemeinsamen Konferenz mit den Vorständen des Bergarbeiterverbandes, des Bergwerksbundes und des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands sowie des AFD-Bundes zur Frage der Unterstützung der englischen Arbeiter in ihrem gegenwärtigen Kampfe eingehend Stellung. Die Konferenz war der einmütigen Auffassung, daß von den deutschen Gewerkschaften alles getan werden müsse, die englischen Gewerkschaften bei der erfolgreichen Durchführung des Kampfes zu unterstützen. Die Konferenz beschloß einstimmig, durch die beteiligten Organisationen die Beunruhigung englischer Schiffe in deutschen Häfen zu verhindern sowie die Anmusterung deutschen Personals für englische Schiffe zu verhindern und in jeder Weise dahin zu wirken, daß ein Transport deutscher Kohle nach englischen Häfen unterbleibt. Die beteiligten Organisationen haben bereits die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Von dem Ausgange des englischen Nietenkampfes, über dessen weltwirtschaftliche Bedeutung kein Zweifel bestehen kann, hängt auch für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ungemein viel ab. Mit volstem Recht wies deshalb auch der „Vorwärts“ darauf hin, daß ein Fehlschlag in England den Übermut der kapitalistischen Kreise in der ganzen Welt steigen würde. Mehr denn je würde die verzweifelte falsche Methode, in Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen den Ausgleich für die Rückständigkeiten der wirtschaftlichen Organisation zu suchen, als die allein maßgebende betrachtet werden. Angefehrt muß ein Erfolg der englischen Bewegung Mut und Selbstvertrauen bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern mächtig steigern und auf das Unternehmertum in allen Ländern als nachdrückliche Warnung wirken, den Vogen zu überpappen.

Tagung briefmarkenmehrender Buchdrucker. Zu Pfingsten dieses Jahres soll in Dresden eine Tagung des Philatelistischen Vereins der Buchdrucker stattfinden. Die Dresdener Ortsgruppe dieses Vereins hat, wie aus dem uns überbrachten Tagungsprogramm hervorgeht, keine Mühe und Opfer gescheut, um den Teilnehmern den Aufenthalt in Dresden angenehm zu gestalten. Zuführten sind an Kollegen Diebe, Dresden-V. 16, Holbeinstraße 70, zu richten.

Ein eigenartiges Jubiläum. Durch eine illustrierte Postkarte aus der Welfe- und Bülgerstadt Leipzig wurde uns die Kunde, daß dort Kollege Karl Müller, allgemein bekannt unter dem Namen „Korrespondent-Karl“, sein 25jähriges Jubiläum als Austräger des „Korr.“ gefeiert hat. „Seit fünfundsiebzig Jahren / In Regen, Schnee und Sonnenbrand / Hab' ich den „Korr.“ treulich ausgefahren / In alte Ehrendenkmotive schon ich mit der Hand.“ so persifliert sich Müller Karl selber auf einer Jubiläumspostkarte mit seinem Konterfei. Wir wünschen dem alten Handegen und in jeder Hinsicht erprobten Kollegen, daß der ihm eigne Buchdruckerhumor usw. noch lange Jahre vorhalten möge, „auf daß er die Schwere des Daseins ertrage und das ermüdende Geschnapf der Tage“.

Ein feinfühiger Zeitungsmann. Daß es Leute gibt, die das Gras wachsen hören, wurde schon oft behauptet. Diese Leute werden jetzt aber tief befaßt von dem veranwortlichen Redakteur der „B. Z. am Mittag“ in Berlin. Dieser nämlich vermag sogar „orthographische“ Fehler zu hören. Er berichtete darüber in der „Montagspost“ vom 19. April und verbreitete sich über diese seine Fähigkeit in einem längeren Artikel mit der Überschrift „Zu“. Er empfindet nämlich stets einen Stich ins Herz, wenn seine Freundin Mona das Verbum „brauchen“ mit abhängigem Infinitivum ohne „zu“ anwendet und nennt das einen „orthographischen“ Fehler. Den Unterschied zwischen Orthographie und Grammatik sollte der Redakteur einer doch nicht unbedeutenden Zeitung mindestens kennen, wenn er es unternimmt, über sprachliche Dinge zu schreiben.

Erhöhung der staatlichen Invalidenunterstützung gefordert. Der Sozialpolitische Ausschus des Reichstages behandelte dieser Tage einen sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung des Grundbetrages der Invalidenrenten von 108 auf 228 M. und des Reichszulufusses von 72 auf 132 M. Daneben will der Antrag die erhöhten Witwen- und Waisenrenten und das Rinbergeld auch für die Empfänger, deren Renten schon vor dem 1. August 1925 liefen, bewilligt wissen. Die Regierung ließ erklären, daß die Annahme des Antrages bezüglich des Reichszulufusses eine jährliche Mehrbelastung von 142 Millionen ausmachen würde, bezüglich der Erhöhung des Steigerungsbetrages eine Mehrbelastung von 108 Millionen und für die Witwen etwa 71 Millionen. Insgesamt würde die Mehrausgabe einstädtlich der Erhöhung des Rinbergeszulufusses rund 230 Millionen Mark betragen. Der Ausschus beschloß, von der Regierung zunächst genauere statistische Unterlagen über die Auswirkungen der beantragten Erhöhungen zu verlangen.

Rückgang der Konfurze. Im April ist die Konfurzeiffer im Reiche stark zurückgegangen. Zum erstenmal seit einer Reihe von Monaten war dies in dem Ausmaß der Fall. Nach dem Statistischen Reichsamt wurden im April 1302 Konfurze und 923 angeordnete Geschäftsauffichten beantragt. Die entsprechenden Zahlen des Monats März 1926 betragen 1871 Konfurze und 1481 Geschäftsauffichten. Danach müßte sich ja eine gewaltige Besserung des Wirtschaftslebens im April ergeben haben. In einem entsprechenden Rückgang der Arbeitslosenziffern kommt dies jedoch nicht zum Ausdruck. Das arbeitende Volk scheint länger dazu verurteilt zu sein an der Wirtschaftskrise zu tragen als andre Kreise der Bevölkerung.

Wohnungsnot und Baugenossenschaften. Wiederholt ist schon in der Gewerkschaftspresse davon gewart worden, daß sich Wohnungsbedürftige unbesenen Genossenschaften anschließen, deren finanzielle Grundlagen ihnen nicht bekannt sind. Beispiele werden die besten Schlaglichter auf ein Problem. Aus diesem Grunde sei hier nach der „Zeitung für Wohnungsfragen“ über einen Eingriff berichtet, dessen rohe Umrisse interessierten Kreisen die Augen öffnen dürften über das Risiko, das sie beim Anschluß an eine nicht genügend fundierte Baugenossenschaft eingehen. Leider wurden Name und Ort der betreffenden Bauvereinsung verschwiegen. Sie wurde nicht von Wohnungsbedürftigen gegründet, sondern von Persönlichkeiten aus Finanz- und Kaufmannskreisen, wobei es bemerkenswert ist, daß das ein Vorstandsmittglied selbst Architekt ist. Beide Vorstandsmittglieder beziehen ein Monatsgehalt von je 500 M., der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält für jede Aufsichtsratsung 20 M., die übrigen Aufsichtsratsmitglieder je 15 M., soweit sie teilnehmen. Wie oft Aufsichtsratsungen stattfinden, weiß niemand. Der Aufsichtsratsvorsitzende hatte bei der Genossenschaft nicht unerheblichen Kredit gegen Wechsel entnommen. Nach einmonatlicher Tätigkeit ergab sich aus der Bilanz bereits ein Verlust von weit über 2000 M., entstanden lediglich als Geschäftsausgaben. Nach vorläufiger Prüfung dürften die Bureauausgaben so hoch sein, daß auch in Zukunft mit mindestens den gleichen monatlichen Geschäftsausgaben zu rechnen ist. Wer zögert diese? Die neuzutretenden Genossen! Eine Bautätigkeit hat die betreffende Genossenschaft noch nicht ausgeübt, ja, sie hat bisher auch noch nicht einmal ein Grundstück erworben! Das einzige Grundstücksobjekt indes, das in Aussicht steht, ist der geplante Erwerb eines Grundstücks durch die Genossenschaft, das dem Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden gehört. Ein Kommentar zu solch skandalösen Vorgängen ist überflüssig. Die Eintragung in das Genossenschaftsregister bietet absolut keine Gewähr für eine rechtshafte Geschäftsführung einer Genossenschaft. Wiederholt ist z. B. der Reichsverband Deutscher Baugenossenschaften in die Lage gekommen, Genossenschaften, bei denen ähnliche, manchmal nicht weniger bedenkliche Verhältnisse herrschten, nach der vorgeschriebenen ersten Revision die nachgelagerte Aufnahme in den Revisionsverband zu verweigern.

Der Arbeitsmarkt im März 1926. Wie das „Reichsarbeitsblatt“ in seiner Nummer vom 1. Mai mitteilte, brachte der März auf einzelnen Arbeitsmarktgebieten zwar eine Erleichterung, doch hatte der Arbeitsmarkt in den Schlüsselindustrien, wie Bergbau, Metallverarbeitung, Textilindustrie und im Baugewerbe vorerst noch keinen Teil an der Besserung. Der in der Krantenkassenstatistik im Vormonat beobachtete Stillstand in der Mitgliederbewegung ist im Laufe des März in einen ganz allmählichen Anstieg übergegangen. Am 1. März hatte die Mitgliederzahl 12 447 103 betragen, am 1. April betrug sie 12 500 793; eine Zunahme um 13 695 oder 0,9 Proz. (im Vormonat + 8989 oder 0,07 Proz.). Bei den Arbeitslosen n a d w e i s e n betrug die Zahl der Ende März verfügbaren Arbeitsuchenden 2 520 394; gegenüber dem Vormonat bedeutet das eine Abnahme um 28 610. Für Mitte April wurde die Zahl der Arbeitsuchenden in der Stichtagszählung mit 2 389 140 festgestellt. Die Statistik der Erwerbslosen für 1926 ergibt ein weiteres Anhalten der langsame Besserung. Am 15. März wurden gezählt 2 016 590 unterflüchte Arbeiterwerblose, am 1. April 1 942 048, am 15. April 1 883 626. Das bedeutet für die zweite Märzhälfte einen Rückgang um 74 542 oder 3,7 Proz., für die erste Aprilhälfte um 58 422 oder 3,0 Proz. Die

